



Die  
Bundesregierung



# Aufstieg durch Bildung

Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung

## **Impressum**

### **Herausgeber**

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
11055 Berlin

### **Bestellungen**

Schriftlich an den Herausgeber  
Postfach 30 02 35  
53182 Bonn  
Oder unter  
Tel.: 01805 262 302  
Fax: 01805 262 303  
(0,14 Euro/Minute aus dem deutschen Festnetz)  
E-Mail: [books@bmbf.bund.de](mailto:books@bmbf.bund.de)  
Internet: <http://www.bmbf.de>

### **Gestaltung**

Scholz & Friends Agenda

### **Druckerei**

Bonifatius GmbH, Druck-Buch-Verlag  
Paderborn

**Bonn, Berlin 2008**

# Aufstieg durch Bildung

**Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung**



Bildung und Qualifizierung sind die Voraussetzung für individuelle Lebenschancen und gesellschaftliche Teilhabe. Gut ausgebildete und hoch qualifizierte junge Frauen und Männer sind gleichzeitig auch der Schlüssel für Wachstum, Wohlstand und Fortschritt einer Gesellschaft. Wir müssen alles dafür tun, dass alle Menschen in unserem Land ihre Talente und Fähigkeiten unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem sozialen Status voll entfalten können. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Zukunftsvorsorge. Wir brauchen deshalb einen Aufbruch zu mehr Bildung und Qualifizierung – in der Breite wie in der Spitze!

Auch eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik muss für mehr Qualifizierung und Bildung der hier lebenden Menschen sorgen, denn nur so können wir die Fachkräftebasis der Zukunft sichern.

Deshalb hat die Bundesregierung mit der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ den Weg frei gemacht für weitreichende Reformen. Diese Initiative stärkt Bildungschancen, erhöht die Durchlässigkeit im Bildungssystem und setzt wesentliche Impulse für eine Zukunftsvorsorge.

Bildungschancen zu stärken heißt, vermehrt in die frühkindliche Bildung zu investieren und sie zu profilieren. Dazu gehört auch die bessere organisatorische und konzeptionelle Verbindung von Grundschulen und Kindertagesstätten. Wir müssen Sorge dafür tragen, dass jedes Kind einen Schulabschluss erreicht. Und schließlich muss nach einer erfolgreichen Ausbildung Weiterbildung ganz selbstverständlich sein. Denn Lernen heißt immer „Lernen im Lebenslauf“. Indem wir Barrieren an den Schnittstellen unseres Bildungssystems abbauen, ermöglichen wir allen Menschen in Deutschland Aufstieg durch Bildung.

Diese anspruchsvolle Aufgabe kann nur gemeinsam bewältigt werden. Deshalb wollen die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder gemeinsam mit allen zuständigen Fachministerinnen und Fachministern des Bundes und der Länder noch im Jahr 2008 eine umfassende „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ beschließen. Denn Bildung ist die beste Zukunftsvorsorge – sie ist der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit und sie eröffnet die besten Lebens- und Aufstiegschancen.

Dr. Annette Schavan, MdB  
Bundesministerin für Bildung und Forschung

# Inhaltsverzeichnis

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Qualifizierung jetzt!</b>                            | <b>6</b>  |
| <b>Zentrale Weichenstellungen für die Zukunft</b>       | <b>10</b> |
| <b>Die konkreten Maßnahmen</b>                          | <b>18</b> |
| Mehr Bildungschancen für Kinder unter sechs Jahren      | 19        |
| Jeder Bildungsweg soll zu einem Abschluss führen        | 21        |
| Wir fördern Aufstieg durch Bildung                      | 32        |
| Den Übergang zwischen Schule und Hochschule erleichtern | 36        |
| Mehr Aufmerksamkeit für Technik und Naturwissenschaften | 39        |
| Chancen für Frauen verbessern                           | 43        |
| Weiterbildung – Lernen im gesamten Lebenslauf           | 46        |



Qualifizierung jetzt!

Bildung und Qualifizierung sind der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes und aller Bürgerinnen und Bürger. Technologieintensive Industrien boomen, das weltweite Wissen wächst rasant. Die Sicherung des Wirtschaftswachstums ist nur mit qualifizierten Fachkräften möglich. Dies gilt insbesondere für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland. Deshalb ist es eine Frage der Zukunftsvorsorge, dass alle Menschen in Deutschland ihre Fähigkeiten und Talente entwickeln können – für ihr Wohl und das Wohl unseres Landes. Bildung stiftet über die individuelle Berufsperspektive hinaus gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten, Orientierung, Identität und Zusammenhalt. Deutschland hat im Laufe seiner Geschichte herausragende Talente hervorgebracht. Deutschland hat sich einen Namen gemacht mit seinem Bildungssystem: mit seinen „Kindergärten“, mit der dualen Ausbildung, mit der Konzeption seiner Universitäten und der Qualität seiner Ingenieurwissenschaften. Exzellenz in der Bildung ist deshalb auch ein Auftrag aus unserer Geschichte und Tradition, der in die Zukunft übersetzt werden muss. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund der Herausforderungen von Globalisierung, Wissensbeschleunigung, demografischem Wandel und einem veränderten Familienbild.

Deutschland braucht qualifizierte Menschen.

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland hat zu mehr Beschäftigung, deutlich rückläufiger Arbeitslosigkeit und einer stark anziehenden Nachfrage nach Fachkräften geführt. So waren 2007 im Jahresdurchschnitt 3,776 Mio. Menschen arbeitslos, 711.000 weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Beschäftigten ist aktuell auf über 40 Mio. gestiegen. In einigen Branchen und Regionen ist bereits Fachkräftemangel spürbar. Etliche Unternehmen melden Rekrutierungsschwierigkeiten für bestimmte Bereiche. Besonders Mitarbeiter mit Abschlüssen in den Fächern Mathematik, Informatik, Natur- und Technikwissenschaften (MINT) sowie mit Abschlüssen auf Techniker- und Meisterebene in technischen Bereichen werden gesucht. Dieser Mangel an höher qualifizierten Fachkräften wird sich durch den demografischen Wandel noch verschärfen. Bis zum Jahr 2013 werden 330.000 Akademikerinnen und Akademiker im Bereich der gewerblichen Wirtschaft – davon 70.000 Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler sowie 85.000 Ingenieurinnen und Ingenieure – in den

Fachkräfte werden heute gesucht.

Ruhestand gehen. In den nächsten Jahren werden in den Naturwissenschaften laut Prognosen mindestens 30% jedes Absolventenjahrgangs fehlen. Auch unabhängig vom konjunkturellen Aufschwung setzt sich der Trend, dass am Arbeitsmarkt immer mehr akademisch Qualifizierte gebraucht werden, ungebrochen fort. Dies ist vor allem begründet in dem sich weiter beschleunigenden technischen Fortschritt und der zunehmenden Globalisierung. Menschen müssen gut gebildet und ausgebildet sein, um unser Land in diesem Prozess an der Spitze halten zu können und zudem selbst an dieser Entwicklung bestmöglich zu partizipieren. Die beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit sind höhere Qualifikationen und lebenslanges Lernen. Nach Prognosen der Kultusministerkonferenz wird die Zahl der Studienberechtigten steigen und bis 2020 auf hohem Niveau bleiben. Darin liegt eine große Chance.

Alle Potenziale nutzen.

Deshalb müssen alle Potenziale genutzt werden. Es ist ein Kernelement von Zukunftsvorsorge, allen jungen Menschen eine Chance auf eine gute Ausbildung zu bieten, Kindern aus bildungsfernen Haushalten verstärkt den Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen, für Frauen und Männer Bedingungen zu schaffen, unter denen sie die Anforderungen der eigenen Familie mit einer Ausbildung, einem Studium oder der Berufsausübung vereinbaren können. Mehr Menschen muss der Aufstieg durch Bildung ermöglicht werden. Wir brauchen Weiterbildungsmöglichkeiten für alle während des gesamten Lebenslaufs.

Fachkräftebasis für morgen sichern.

Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren – auch durch erhebliche Anstrengungen von Bund und Ländern – im Bereich Bildung und Qualifizierung verbessert, aber andere Nationen weisen eine spürbar höhere Dynamik in der Entwicklung auf. Deutschland braucht eine gemeinsame Anstrengung, um schneller voranzukommen und die Fachkräftebasis für morgen zu sichern. Dafür unternimmt die Bundesregierung zusätzliche Anstrengungen in ihrem Verantwortungsbereich und bündelt sie in der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung – mit dem Ziel, das deutsche Aus- und Weiterbildungssystem in Qualität und Wirkungsbreite grundlegend zu verbessern. In der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung, die unter

Federführung der Bundesministerin für Bildung und Forschung erarbeitet wurde, sind insbesondere Maßnahmen der Bundesministerien für Bildung und Forschung (BMBF), für Arbeit und Soziales (BMAS), für Wirtschaft und Technologie (BMWi), für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie des Auswärtigen Amtes (AA) enthalten.

Die Bundesregierung bietet darüber hinaus den Ländern, Unternehmen, Sozialpartnern und weiteren Akteuren eine verstärkte Zusammenarbeit an. Deshalb haben die Regierungschefs von Bund und Ländern am 19. Dezember 2007 beschlossen, dass die für Bildung und Wissenschaft zuständigen Fachministerinnen und -minister des Bundes und der Länder – unter Beachtung des jeweiligen Verantwortungsbereichs in Abstimmung mit den jeweiligen betroffenen Fachressorts – bis zum kommenden Herbst eine „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses konzipieren. Das Ergebnis soll Gegenstand eines Treffens der Regierungschefs werden, das im Herbst 2008 im Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz stattfinden wird.



## Zentrale Weichenstellungen für die Zukunft

Das Wesentliche im Überblick

Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft, dass wir jetzt die Weichen für mehr und bessere Qualifizierung für alle stellen. Wer heute und morgen qualifizierte Fachkräfte sucht, muss das gesamte Bildungssystem in den Blick nehmen. Von der Förderung von Kleinkindern bis zur Weiterqualifizierung älterer Erwerbstätiger sind Schwächen und Stärken unseres Systems wahrzunehmen und die Bedingungen so zu gestalten, dass alle ihre Chance bekommen.

Die Bundesregierung hat hier zentrale Weichenstellungen und Maßnahmen benannt, die in ihrem Verantwortungsbereich liegen. Damit unser Land aber insgesamt zu einer neuen Bildungsoffensive aufbricht, ist es wichtig, dass alle Akteure ihre Anstrengungen auch mit Blick auf die Entwicklungen in wichtigen Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) weiter verstärken. Wenn wir einen entscheidenden Schritt vorankommen wollen, dann bedarf es des Engagements aller. Die Bundesregierung beschließt folgende Weichenstellungen:

Das gesamte Bildungssystem in den Blick nehmen.

### 1. Mehr Bildungschancen für Kinder unter sechs Jahren

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Vielmehr können und sollen die Potenziale von Kindern viel früher und in einer altersgerechten Form entwickelt werden. Kindertageseinrichtungen und auch Tagespflegestellen haben als Orte frühkindlicher Bildung neben der Familie dafür einen besonderen Auftrag. Denn hier können Begabungen auch von Kindern aus bildungsfernen Familien frühzeitig gefördert sowie Benachteiligungen rechtzeitig erkannt und abgebaut werden.

Kinder frühzeitig fördern.

Die Bundesregierung wird zusammen mit den Ländern und Kommunen bis zum Jahr 2013 das Angebot an Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten und an Tagespflegestellen für bundesdurchschnittlich 35% der Kinder unter drei Jahren ausbauen. Die in den letzten Jahren von den Ländern aufgestellten Erziehungs- und Bildungs-

pläne für Kindertageseinrichtungen und weitere Konzepte für die frühkindliche Förderung können aber nur dann mit Leben erfüllt werden, wenn ausreichend qualifiziertes Personal vorhanden ist. Deshalb werden das BMFSFJ und das BMBF gemeinsam im Frühjahr 2008 eine Fortbildungsinitiative für 80.000 Erzieherinnen und Erzieher sowie Tagesmütter und -väter starten, die die entsprechenden Anstrengungen der Länder unterstützt.

## 2. Jeder Bildungsweg soll zu einem Abschluss führen

Deutschlands Bevölkerung ist im Durchschnitt gut gebildet, die meisten Menschen erlangen einen Schulabschluss und der positive Trend auf dem Ausbildungsmarkt hat sich 2007 weiter verstärkt. Dennoch gibt es zu viele junge Menschen, insbesondere junge Menschen mit Migrationshintergrund, die den einmal eingeschlagenen Bildungsweg nicht erfolgreich abschließen. Das gilt für die Schule wie auch für die Ausbildung.

Jeder Mensch braucht eine Ausbildung.

Die Bundesregierung setzt für Altbewerberinnen und Altbewerber, die nur noch geringe Chancen auf einen Berufsabschluss haben, das Konzept „Jugend – Ausbildung und Arbeit“ um. Wir wollen damit den jungen Menschen das Signal geben: Jeder zählt. Jeder Mensch braucht eine Ausbildung. Zudem unternimmt die Bundesregierung weitere Anstrengungen, um über die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende mit den Ländern, Kommunen und Sozialpartnern zum gelingenden Übergang von der Schule in die Ausbildung beizutragen. Ziel ist es, einen Beitrag zur Halbierung der Schulabbrecherquote zu leisten und die Berufsorientierung zu verbessern. Dazu tragen auch Maßnahmen wie das Programm „Schulverweigerung – die 2. Chance“ des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie des BMFSFJ und die im Rahmen des Nationalen Pakts für Ausbildung und Beschäftigung eingeführten Einstiegsqualifizierungen bei.

### 3. Wir fördern Aufstieg durch Bildung

In unserem Bildungssystem entscheidet in zu hohem Maße die soziale Herkunft über die Bildungserfolge. Dieser Zusammenhang muss durchbrochen werden. Bessere Aufstiegswege für eine größere Zahl von beruflich Qualifizierten oder Menschen aus bildungsfernen Familien und mehr Aufstiegs motivation sind zentrale bildungspolitische Ziele. Dazu ist es erforderlich, die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Zweigen des Bildungssystems deutlich zu erhöhen und mehr Aufstiegswege aus der Berufsausbildung und der Berufstätigkeit heraus zu eröffnen.

Bessere Aufstiegswege schaffen.

Deshalb wird das BMBF beginnend mit dem Jahr 2008 an begabte Absolventinnen und Absolventen einer dualen Ausbildung, die ein Hochschulstudium anschließen wollen, ein Aufstiegsstipendium vergeben. Damit setzen wir zusätzliche Anreize für den Aufstieg. Außerdem bereiten wir einen Wettbewerb für Hochschulen vor, der das berufsbegleitende Studium fördern und die Hochschulen dazu anregen soll, passgenaue Angebote für die wissenschaftliche Weiterbildung von Berufstätigen zu entwickeln.

### 4. Den Übergang zwischen Schule und Hochschule erleichtern

Derzeit nehmen 36,6% eines Jahrgangs ein Hochschulstudium auf. Damit liegen wir erheblich unter dem OECD-Durchschnitt (54%). Um international wettbewerbsfähig zu bleiben und den Fachkräftebedarf im akademischen Bereich und insbesondere im Ingenieurbereich langfristig zu decken, brauchen wir mehr Studierende. Mit einem Studium steigen auch die beruflichen Erfolgsaussichten. Denn nach wie vor verdienen Akademiker besser und werden seltener arbeitslos. Die Bundesregierung hält an dem im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Ziel fest, künftig 40% eines Altersjahrgangs für ein Hochschulstudium zu gewinnen. Deshalb bietet die Bundesregierung den Ländern und Hochschulen an, sie dabei zu unterstützen, die

Deutschland braucht mehr Studierende.

vorhandenen Studienkapazitäten optimal auszunutzen. Dies gilt besonders für die Besetzung freier Studienplätze an den Hochschulen in Ostdeutschland ebenso wie für den Aufbau einer Serviceagentur, die Studienbewerberinnen und Studienbewerber besser vermittelt. Um die Kapazitäten zu erweitern, haben Bund und Länder den Hochschulpakt 2020 geschlossen, durch den in den nächsten Jahren 90.000 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger eine Studienchance erhalten sollen.

### 5. Mehr Aufmerksamkeit für Technik und Naturwissenschaften

Chancen auf attraktive  
Zukunftsberufe eröffnen.

Deutschland braucht Absolventinnen und Absolventen der MINT-Fächer. Denn unser Land baut auf technologische Innovationen, die Wirtschaftskraft beruht auf solider Ausbildung und kreativer Forschung. Der OECD-Vergleich zeigt, dass das Interesse an diesen Studienfächern bei uns zurückgeht, während es in anderen Ländern wächst: In Deutschland sind mehr 55- bis 64-Jährige „Dipl.-Ing.“ oder haben einen vergleichbaren Abschluss als 25- bis 34-Jährige, während in anderen OECD-Ländern die Gruppe der Jüngeren mit einem Abschluss in Ingenieurwissenschaften doppelt so groß ist wie die der Älteren.

Deshalb ist es erforderlich, verstärkt für diese Fächergruppe zu werben und mehr jungen Leuten die Chance zu eröffnen, diese attraktiven Zukunftsberufe direkt kennen zu lernen. Die Bundesregierung beauftragt das BMBF, zusammen mit den Forschungsorganisationen, Unternehmen und Berufsverbänden im Jahr 2008 das „Freiwillige Technische Jahr“ zu starten, in dem junge Leute nach dem Abitur unmittelbar Erfahrungen sammeln und diejenigen, die noch unschlüssig sind, testen können, ob sie sich für einen Beruf im naturwissenschaftlich-technischen Bereich eignen.

## 6. Chancen für Frauen verbessern

Während die Quote der erwerbstätigen Frauen mittlerweile bei über 60% liegt, sind Frauen in Führungspositionen in Privatwirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Die Bundesregierung unterstützt insbesondere mit Programmen des BMFSFJ, des BMBF und des BMWi Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung dabei, das Potenzial von Frauen besser zu nutzen, etwa durch einen Ausbau der Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das BMBF wird beauftragt, zur Gewinnung von jungen Frauen für Hightech-Berufe einen Pakt mit Verbänden und Unternehmen vorzubereiten. Schwerpunkte dieser Partnerschaft sollen sowohl die Verbesserung des Images von MINT-Berufen als auch die gezielte Förderung von jungen Frauen insbesondere an den Schnittstellen Schule-Hochschule und Hochschule-Arbeitsmarkt sein. Außerdem startet der Bund 2008 gemeinsam mit den Ländern ein Programm zur Steigerung des Anteils von Professorinnen an Hochschulen.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) wird im Rahmen eines Wettbewerbs besonders familienfreundliche Hochschulen fördern.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausbauen, Frauen für Hightech-Berufe gewinnen.

## 7. Weiterbildung – Lernen im gesamten Lebenslauf

Einmal erreichte Qualifikationen reichen immer weniger aus, die neuen Herausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu meistern. Kontinuierliches Lernen im gesamten Lebenslauf wird immer wichtiger. Die Qualität der Strukturen vor Ort, der Zusammenarbeit der Akteure und des Bildungsprofils einer Region macht Bildung für den Einzelnen erfolgreich und unterstützt jeden in seinem Eigenengagement.



Deshalb wird die Bundesregierung regionale Strukturen der Weiterbildung stärken: Das BMBF bereitet mit großen Stiftungen eine gemeinsame Initiative zum Ausbau regionaler Weiterbildungsstrukturen vor. Diese Initiative soll Teil einer Weiterbildungsallianz sein, die die Bundesregierung mit Ländern, Kommunen und Sozialpartnern anstrebt. Für eine bessere Analyse des Qualifizierungsbedarfs und zur Verbesserung der Wirksamkeit der Weiterbildungsförderung soll bei der BA ein Weiterbildungsmonitoring eingeführt werden, in das alle Arbeitsmarktakteure einbezogen werden. Die Förderung der beruflichen Weiterbildung bleibt Kernelement der Arbeitsmarktpolitik. Agenturen für Arbeit und Arbeitsgemeinschaften haben ihre Anstrengungen in der Weiterbildungsförderung weiter verstärkt.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in den neuen Ländern plant das BMVBS in Ostdeutschland einen Wettbewerb zur Unterstützung von Vorhaben, die eine vorausschauende Qualifizierungspolitik auf regionaler Ebene anstreben. Im Dialog Innovation Ost entwickelt das BMBF zusammen mit den neuen Ländern Kon-

zepte, mit denen die Innovationsdynamik gestärkt und die Attraktivität der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft im Wettbewerb um die besten Talente erhöht wird. Dabei sollen sich die Innovationszentren auch zu regionalen Qualifizierungszentren weiterentwickeln.

Um die Qualität unseres Bildungssystems für den gesamten Lebenslauf zu sichern, brauchen wir verlässliche wissenschaftliche Grundlagen. Die Bundesregierung startet deshalb ein neues Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung, das sich auf alle Bildungsbereiche erstreckt, und sie etabliert ein nationales Bildungspanel in Form einer groß angelegten Längsschnittstudie. Außerdem soll mit einem Berufsbildungs-PISA die Leistungsfähigkeit von beruflichen Ausbildungssystemen sowie Berufsbildungsorganisationen im internationalen Vergleich festgestellt werden. Durch eine konsequente wissenschaftliche Begleitung wird unser politisches Handeln auf eine verlässliche Grundlage gestellt: für höhere Qualifizierung und weiter verbesserte Bildungschancen in Deutschland.

Qualität unseres Bildungssystems sichern.



## Die konkreten Maßnahmen

Im Folgenden werden Maßnahmen der Bundesregierung vorgestellt.

## Mehr Bildungschancen für Kinder unter sechs Jahren

1

Bereits in den ersten Lebensjahren werden entscheidende Weichen für die Bildungszukunft von Kindern gestellt. Die Familien tragen dabei besondere Erziehungsverantwortung. Aber auch Kindertageseinrichtungen haben als Orte frühkindlicher Bildung einen besonderen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Hier können Begabungen frühzeitig gefördert sowie Benachteiligungen rechtzeitig erkannt und abgebaut werden. Davon profitieren alle Kinder – insbesondere aber Kinder aus bildungsfernen Familien. Benötigt wird dazu zusätzliches pädagogisch geschultes Personal. Dies gilt in einem besonderen Maße für die Sprachförderung. Denn nur wer verlässliche Instrumente zur pädagogischen Sprachstandsdiagnostik und -förderung zur Verfügung hat und sie anzuwenden weiß, kann Kindern, vor allem Kindern mit Migrationshintergrund, zum späteren schulischen und beruflichen Erfolg verhelfen. Für die Lernchancen von Kindern ist es ebenso wichtig, dass der Übergang zwischen dem Elementar- und dem Primarbereich so reibungsarm wie möglich gestaltet wird und dass Kindertagesstätten und Grundschulen sowohl organisatorisch als auch konzeptionell stärker verzahnt werden.

Begabungen frühzeitig fördern, Benachteiligungen abbauen.

Deshalb startet die Bundesregierung folgende Initiativen:

### ■ Verknüpfung von frühkindlicher Bildung und Betreuung

Um die Anstrengungen der Länder zu unterstützen, streben das BMFSFJ und BMBF im Frühjahr 2008 eine **Fortbildungsinitiative** für 80.000 Erzieherinnen und Erzieher sowie für Tagesmütter und -väter an. Dafür werden für die jeweiligen Zielgruppen Weiterbildungsmodule entwickelt, die dann über ein Internetportal zur Verfügung stehen sollen. Diese Bausteine werden in Zusammenarbeit mit regionalen Weiterbildungsanbietern durch Präsenzangebote ergänzt. Parallel dazu wird die frühpädagogische Forschung gestärkt. Die Fortbildungsinitiative ergänzt die

Aufstockung von Betreuungsangeboten für bundesdurchschnittlich 35% der Kinder unter drei Jahren bis 2013, auf die sich Bund, Länder und Kommunen verständigt haben.

#### ■ Frühe Sprachförderung

Das BMBF wird innerhalb des kürzlich gestarteten Rahmenprogramms zur empirischen Bildungsforschung die Qualität der vorhandenen Methoden zur Sprachstandsfeststellung bewerten und weiterentwickeln lassen. Damit soll zunächst die diagnostische Kompetenz der Erzieherinnen und Erzieher gestärkt werden. Darüber hinaus wird die Bewertung der Wirksamkeit verschiedener Instrumente der Sprachförderung ein Schwerpunkt sein. Zudem wird das BMFSFJ-Projekt **„Sprachliche Förderung in der Kindertageseinrichtung“** gezielt um Möglichkeiten erweitert, die sprachliche Förderung von mehrsprachig aufwachsenden Kindern zu gestalten. Das Projekt dient der Entwicklung von didaktischen Materialien, die Spracherwerb und Bildungsinhalte systematisch miteinander verknüpfen.



### ■ Bildungshäuser

Für die Drei- bis Zehnjährigen ist das gemeinsame Lernen von besonderem Wert. Ein Modell hierfür sind „Bildungshäuser“, die derzeit in einigen Ländern eingerichtet werden. Sie sollen den Übergang zwischen Kita und Schule fließend gestalten und dem unterschiedlichen Lerntempo der Kinder gerecht werden. Die Bundesregierung unterstützt diese bildungspolitische Innovation und bietet den Ländern an, sie bei der wissenschaftlichen Begleitung von Maßnahmen der frühkindlichen Bildung zu unterstützen. Das Projekt beginnt zunächst mit einigen Ländern und wird dann auf andere Regionen ausgedehnt. Innerhalb des Rahmenprogramms des BMBF zur Förderung der empirischen Bildungsforschung wird die optimale Gestaltung von Lehr-Lernprozessen im frühkindlichen Bereich ein Schwerpunkt sein.

## Jeder Bildungsweg soll zu einem Abschluss führen

2

Bildungsabschlüsse sind elementare Grundlage für den weiteren beruflichen Weg. Im Jahr 2006 haben immer noch 7,9% der Schülerinnen und Schüler, das sind rund 76.000 junge Menschen, die allgemein bildende Schule ohne Abschluss verlassen. Jeder von ihnen ist einer zu viel.

Rund 15% der Jugendlichen zwischen 20 und 29 Jahren zählen heute zu den Ungelernten. Menschen ohne Berufsabschluss sind deutlich überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Durch den langjährigen Mangel an Ausbildungsplätzen und die gestiegenen Ausbildungsanforderungen ist die Zahl der Altbewerber und der jungen Menschen in Ersatzmaßnahmen in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Sie müssen jetzt ihre Chance erhalten. Jeder Bildungsweg soll zu einem Abschluss führen und damit eine berufliche Zukunft eröffnen.

Jeder Mensch braucht eine Ausbildung.

Zahl der Altbewerber senken.

■ **100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerber bis 2010**

Der Ausbildungsmarkt hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Die Bundesregierung und die Partner im Ausbildungspakt leisten gute Arbeit. Zum ersten Mal seit 2001 wurden 2007 wieder mehr als 600.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Dennoch gibt es weiteren Handlungsbedarf: Die Zahl der Ausbildungsplätze muss weiter steigen. Die Zahl der Altbewerber muss deutlich sinken. Jugendliche sollen frühzeitig bei der beruflichen Eingliederung begleitet und noch intensiver beraten werden. An diesen Punkten setzt das Konzept „Jugend – Ausbildung und Arbeit“ an.

**2.1. Konzept „Jugend – Ausbildung und Arbeit“**

**(gemeinsame Initiative des BMAS und des BMBF)**

■ **Ausbildungsbonus für die zusätzliche Ausbildung besonders förderbedürftiger Altbewerber**

Im Berufsberatungsjahr 2006/2007 waren knapp 50% der Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen Altbewerber. In den vergangenen Jahren ist dieser Anteil kontinuierlich gestiegen. Als Altbewerber gelten Ausbildungsplatzsuchende, die sich bereits für das Vorjahr oder früher bei der Arbeitsverwaltung oder bei einem Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende vergeblich um einen Ausbildungsplatz bemüht haben oder den Nachweis von mindestens fünf abgelehnten Bewerbungen für Ausbildungsverhältnisse erbringen, die im Vorjahr oder früher hatten beginnen sollen.

Um Altbewerbern neue Chancen auf betriebliche Ausbildung zu eröffnen, sollen Betriebe, die zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen und diese mit besonders förderbedürftigen Altbewerbern besetzen, einen Ausbildungsbonus erhalten.

Als besonders förderbedürftig gelten Altbewerber, die maximal über einen Real-schulabschluss verfügen oder bereits seit mehr als zwei Jahren vergeblich auf der



Suche nach einem Ausbildungsplatz oder individuell benachteiligt sind. Für diese jungen Menschen war es in der Vergangenheit besonders schwierig, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden.

Die Höhe des Ausbildungsbonus richtet sich nach der Höhe der monatlichen Bruttoausbildungsvergütung des Jugendlichen. Bei Vergütungen unter 500 Euro monatlich beträgt der Ausbildungsbonus 4.000 Euro, bei monatlichen Ausbildungsvergütungen zwischen 500 und 750 Euro wird ein Ausbildungsbonus in Höhe von 5.000 Euro gezahlt und bei Vergütungen über 750 Euro beträgt der Ausbildungsbonus 6.000 Euro. Mitnahmeeffekte und Fehlanreize sind dabei zu vermeiden.

Gefördert werden können ausschließlich betriebliche Berufsausbildungen, die in einem nach dem Berufsbildungsgesetz, der Handwerksordnung oder dem See-

mannsgesetz staatlich anerkannten Ausbildungsberuf durchgeführt werden. Die Förderung steht auch Ausbildungsverbänden unter Beteiligung von überbetrieblichen oder sonstigen wirtschaftsnahen Bildungseinrichtungen offen. Die Zahl der geförderten Fälle wird nicht festgelegt. Der Ausbildungsbeginn muss bis zum 31. Dezember 2010 erfolgen.

Ein Ausbildungsplatz wird zusätzlich bereitgestellt, wenn der ausbildende Betrieb durch den neu abgeschlossenen Ausbildungsvertrag am 31. Dezember des Jahres des Ausbildungsbeginns mehr Auszubildende beschäftigt als im vorausgehenden Dreijahresdurchschnitt.

#### ■ Unterstützung der Ausbildung

Um auch lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche erfolgreich zu einem Berufsabschluss zu führen, müssen verstärkt die zur Verfügung stehenden ausbildungsbegleitenden Hilfen der sozialpädagogischen Begleitung und administrativen und organisatorischen Unterstützung der durchführenden Betriebe eingesetzt werden. Insbesondere Unternehmen, die nicht mehr ausbilden oder die bisher noch nicht ausgebildet haben, können mit Hilfe des externen Ausbildungsmanagements für die Ausbildung dieser Jugendlichen gewonnen werden.

Die Wirkung ausbildungsbegleitender Hilfen ist noch nicht genügend ausgeschöpft. Mit einem breiteren Angebot für schwächere Auszubildende sowie vereinfachten Antrags- und Durchführungsverfahren sollten sie intensiver genutzt werden, um Ausbildungsabbrüchen von Jugendlichen vorbeugend zu begegnen und die ausbildenden Betriebe darin zu unterstützen, Fördermöglichkeiten frühzeitig und umfassend in Anspruch zu nehmen. Hilfestellungen sind insbesondere für kleinere Betriebe wünschenswert, die in der Regel nicht über das diagnostische Wissen und pädagogische Spezialwissen verfügen, mit denen Lernprobleme und daraus entstehende Konflikte gelöst werden können.

### ■ Einsatz von Berufseinstiegsbegleitern

Derzeit stellen sich viele engagierte Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich als Ausbildungspaten und -patinnen zur Verfügung. Dieses vorbildliche Engagement soll aufgegriffen und noch mehr Jugendlichen die individuelle Begleitung beim Übergang von der Schule in die Ausbildung ermöglicht werden.

Im Rahmen einer modellhaften Erprobung sollen leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler der allgemein bildenden Schulen in den letzten Schuljahren durch einen Berufseinstiegsbegleiter individuell über längere Zeit in eine Ausbildung oder – wenn das nicht möglich ist – in eine Qualifizierung oder Beschäftigung begleitet werden. Dabei gilt es, die geförderte Berufseinstiegsbegleitung in den Gesamtkontext bestehender ehrenamtlicher Patenschaftsprojekte und anderer Programme (z. B. Kompetenzagenturen, Schulverweigerung) einzubinden. Weitere Initiativen zur Stärkung gerade des ehrenamtlichen Engagements von Ausbildungspaten und -patinnen werden von der Bundesregierung noch geprüft.

### ■ Verstärkung der personellen Ressourcen der Berufsberatung

Individuelle Berufsberatung und Betreuung der Jugendlichen sowie ausreichende berufsberaterische Präsenz an Schulen müssen sichergestellt sein. Um regional vorhandene Personalengpässe in der Betreuung Jugendlicher auszugleichen, wird die BA den verfügbaren Stellenspielraum nutzen, um bis Ende 2008 200 zusätzliche Berufsberater und 200 zusätzliche Ausbildungsvermittler einzusetzen.

### ■ Verbesserung der Ausbildungsförderung

Die Ausbildungschancen junger Menschen werden durch eine deutliche Erweiterung des förderfähigen Personenkreises ausländischer junger Menschen und durch Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge bei der Förderung mit Berufsausbildungsbeihilfe und beim Ausbildungsgeld für behinderte junge Menschen verbessert.

## 2.2 Ausbildungsbaustein-Programm

In zehn bis zwölf wichtigen Berufen des dualen Systems sollen Ausbildungsbausteine erprobt werden, mit denen Altbewerbern ein schrittweiser Übergang in eine reguläre duale Ausbildung oder eine Zulassung zur Externenprüfung vor der Kammer ermöglicht wird. Ziel ist in beiden Fällen ein dualer Berufsabschluss. Im Rahmen der Erprobung können die Ausbildungsbausteine auch bei der betrieblichen Einstiegsqualifizierung, beim Qualifizierungszuschuss und in der Nachqualifizierung eingesetzt werden. Beabsichtigt ist die Förderung von 50 Pilotregionen in Deutschland.

## 2.3 Nutzung außer- und überbetrieblicher Ausbildungskapazitäten für Altbewerber

Die Bundesregierung prüft, ob zur Mobilisierung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsangebote auch die Reserven außer- und überbetrieblicher Bildungseinrichtungen eingesetzt werden können, um Altbewerber in einem anerkannten Ausbildungsberuf auszubilden. Durch Kooperation mit Betrieben, insbesondere mit denjenigen, die bislang noch nicht ausgebildet haben, können entsprechende Maßnahmen praxisnah ausgestaltet werden. So kann auch der Übergang in Beschäftigung verbessert werden. Deshalb erwägt die Bundesregierung, unter Beteiligung der BA mit den Kammerorganisationen und Sozialpartnern ein entsprechendes Programm zu vereinbaren. Diese Maßnahmen können insbesondere in Regionen, in denen das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt besonders ungünstig ist, verstärkt eingesetzt werden.

## 2.4 Programm „Perspektive Berufsabschluss“

Mit dem Programm „Perspektive Berufsabschluss“ des BMBF soll der Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne beruflichen Abschluss nachhaltig gesenkt und deren Zukunftschancen verbessert werden. Mit den Förderinitiativen wird



der Tatsache Rechnung getragen, dass zum erfolgreichen Einstieg Jugendlicher und junger Erwachsener mit besonderem Förderbedarf (Benachteiligte) in Ausbildung und ihrer dauerhaften Integration in das Beschäftigungssystem sowohl präventive Fördermaßnahmen zum Erreichen von Bildungs- und Berufsabschlüssen als auch re-integrative Maßnahmen zur nachträglichen Qualifizierung und zum Nachholen von Berufsabschlüssen notwendig sind. Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ soll 2008 starten.

### 2.5 Weitere Maßnahmen zur Integration und Innovation in der Ausbildung

Voraussetzung für den gelingenden **Übergang von der Schule in die Ausbildung** ist die Ausbildungsreife von Schulabgängern. Ein wichtiger Schritt ist in diesem Zusammenhang die Einführung gemeinsamer Bildungsstandards durch die Länder. Bei konsequenter Umsetzung und Überprüfung können diese Standards ein zentrales Instrument zur Qualitätssteigerung sein. Hinzu kommen muss eine frühzeitige und systematische Berufsvorbereitung. Insbesondere lernschwächere und lernmüde

Schülerinnen und Schüler mit praktischer Begabung können in praxisnahen Zusammenhängen neue Lernmotivation erfahren, den gefährdeten Schulabschluss schaffen und auf dem Ausbildungsmarkt erfolgreich sein. Neue Wege der Berufsvorbereitung befähigen junge Menschen, ihre Potenziale zu entwickeln, und markieren einen Prioritätenwechsel von nachträglicher Qualifizierungshilfe hin zu Präventionsmaßnahmen gegen Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit.

Deshalb wird die Bundesregierung die frühzeitige Unterstützung junger Menschen beim Übergang von der Schule in die Ausbildung fortführen, insbesondere durch:

- **Nutzung der erweiterten Fördermöglichkeiten für vertiefte Berufsorientierungsmaßnahmen durch die BA und die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende**, um Maßnahmen der Schulen zu unterstützen. Zusätzlich werden sich mit Unterstützung des BMBF die Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) engagieren, um strukturierte und praxisnahe Angebote zur Berufsorientierung in der dualen Berufsausbildung auf- und auszubauen.
- **Praxisklassen:** In Praxisklassen werden Schulunterricht und Berufspraxis intensiver verzahnt, insbesondere damit sich lernschwächere junge Menschen frühzeitiger auf eine künftige Ausbildung vorbereiten und spezielle Talente gefördert werden können. Die BA stellt für die ausgewählten Maßnahmen die hälftige Finanzierung bereit (Kofinanzierung durch Länder oder andere Dritte).
- Jugendliche ohne Schulabschluss haben es auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt besonders schwer. Das ESF-Programm „**Schulverweigerung – die 2. Chance**“ fördert die Wiedereingliederung von etwa 1.500 „harten“ Schulverweigerern in die Schulen, um so deren Chancen auf einen Schulabschluss zu erhöhen. In 73 ausgewogen über das gesamte Bundesgebiet verteilten lokalen Projekten stehen feste Ansprechpartner, so genannte Case Manager, für Schülerinnen und Schüler vor allem von Hauptschulen zur Verfügung. Diese kümmern sich intensiv und persön-

lich um Jugendliche, die schon längere Zeit nicht mehr zur Schule gehen und deren Schulabschluss dadurch gefährdet ist. Sie vereinbaren persönliche Reintegrationspläne mit ihnen, kontrollieren den Erfolg der Umsetzung, beziehen die oft überforderten Eltern und Schulen ein und bieten individuell auf die persönliche Lebenssituation zugeschnittene Hilfen an. Für das Programm stellt das BMFSFJ Mittel aus dem ESF zur Verfügung. Zusammen mit der lokalen Kofinanzierung wird das Gesamtbudget bis August 2008 bei mehr als 23 Mio. Euro liegen. Das ESF-Programm wird in der ESF-Förderperiode 2007 bis 2013 fortgesetzt.

■ Ein nach wie vor nicht unerheblicher Teil der Jugendlichen findet beim Übergang von der Schule in den Beruf keinen Zugang zum bestehenden System der Hilfsangebote und kann von diesem nicht erreicht werden. Das ESF-Programm „**Kompetenzagenturen**“ bietet Hilfen für diese besonders benachteiligten Jugendlichen an bundesweit rund 200 Standorten. Spezielle Case Manager organisieren eine auf die individuelle Lebenssituation des Jugendlichen maßgeschneiderte Abfolge von Hilfen aus den unterschiedlichen Bereichen und helfen damit, die lokalen und regionalen Angebotsstrukturen in der Benachteiligtenförderung zu verbessern. Für das Programm stellt das BMFSFJ Fördermittel aus dem ESF zur Verfügung. Zusammen mit der lokalen Kofinanzierung wird das Gesamtbudget bis August 2008 bei über 63 Mio. Euro liegen. Das ESF-Programm wird in der ESF-Förderperiode 2007 bis 2013 fortgesetzt.

Um Unternehmen neu für Ausbildung zu gewinnen und die duale Ausbildung auch zukünftig für Jugendliche und Betriebe attraktiv zu halten, hat die Bundesregierung bereits mit der Umsetzung eines **Innovationspaketes für die berufliche Ausbildung** begonnen:

■ Gemeinsam mit den Sozialpartnern und den Ländern werden die ca. 350 Ausbildungsberufe in Berufsgruppen gebündelt, gemeinsame Kernqualifikationen identifiziert und darauf aufbauende Spezialisierungsmöglichkeiten und -wege eröffnet.

- Fortbildung und Ausbildung werden besser verzahnt, um leistungsstarken jungen Menschen den schnelleren Aufstieg zu ermöglichen.
- Mit einer branchenbezogenen Früherkennungsinitiative wird der durch die technische Entwicklung entstehende Bedarf an Qualifikationen schneller als bislang in Weiterbildungsangeboten und in der Erstausbildung berücksichtigt werden können.
- Die nicht im dualen Berufssystem angesiedelten Gesundheitsfachberufe werden zukunftsgerichtet und bedarfsgerecht weiterentwickelt.
- Die Auslandsqualifizierungen in der beruflichen Ausbildung werden bis 2015 verdoppelt.

Um eine wesentliche Basis für den Fachkräftenachwuchs zu sichern, wurde unter Federführung des BMWi der **Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs** am 5. März 2007 für weitere drei Jahre verlängert und fortentwickelt. Zusätzlicher Paktpartner ist der Bundesverband der Freien Berufe. Die Wirtschaft verdoppelte ihre Zusage auf 60.000 neue Ausbildungsplätze pro Jahr und verpflichtete sich außerdem, jährlich 30.000 neue Ausbildungsbetriebe einzuwerben. Die Zusage für betriebliche Einstiegsqualifizierungen wurde von 25.000 auf 40.000 erhöht. Diese – sehr ehrgeizigen – Ziele werden eingehalten: Mit 75.000 neuen Ausbildungsplätzen und 47.000 neuen Ausbildungsbetrieben (Stand: Oktober 2007) wurden die Zusagen sogar übertroffen. Ebenso wird die Bundesregierung ihre flankierenden Programme zur Sicherung eines adäquaten Ausbildungsangebots bis 2010 weiterführen: das **Bund-Länder-Sonderprogramm Ost**, das **JOBSTARTER-Programm** mit einem Fördervolumen von 125 Mio. Euro und das Programm **„Passgenaue Vermittlung“**.

Das BMBF und das BMWi führen öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zusammen mit Interessenvertretern der einzelnen Migrantengruppen durch. Dabei sollen

Menschen mit Migrationshintergrund über das duale Ausbildungssystem – besonders über Ausbildungsberufe – informiert und zur Durchführung/Aufnahme der Berufsausbildung motiviert werden. Auch die BA unterstützt junge Menschen mit Migrationshintergrund gezielt bei der Berufswahl und beim Berufseinstieg und wirbt bei Betrieben mit ausländischen Inhabern für eine Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft.

Zur schrittweisen Heranführung von an- und ungelernten Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Qualifizierung hat die Bundesregierung zum 1. Oktober 2007 die Zahlung eines Qualifizierungszuschusses (Lohnkostenzuschuss mit Qualifizierungskomponente) an Unternehmen eingeführt.

Die BA, die Arbeitsgemeinschaften und die zugelassenen kommunalen Träger sollen die Förderung Geringqualifizierter auch mit dem Ziel verstärken, im Rahmen der beruflichen Weiterbildung stärker als bisher das Nachholen von Berufsabschlüssen zu ermöglichen.

Im Jahr 2004 waren 44% der **Beschäftigten im Güterverkehrs- und Logistikbereich** ohne Berufsabschluss. Verkehrswirtschaft und Politik haben damit eine besondere Verantwortung für die im Güterverkehr und in der Logistik Beschäftigten. Aufgabe ist es, mit einer konsequenten Aus- und Weiterbildung sich einerseits den Marktanforderungen anzupassen, andererseits Möglichkeiten der Qualifizierung gering qualifizierter Arbeitnehmer stärker zu nutzen. Eine „Qualifizierungsoffensive für Logistik“ soll zudem ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Investitionen in die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ebenso bedeutend sind wie Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Ziel der Bundesregierung ist es deshalb, in Kooperation mit der Verkehrswirtschaft Ausbildungs- und Fortbildungssysteme zu stärken und an die sich wandelnden Rahmenbedingungen anzupassen sowie die Teilnahmequoten zu erhöhen.

## 3

Aufstieg durch Bildung ist sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig.

## Wir fördern Aufstieg durch Bildung

Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen, ist für den sozialen Zusammenhalt wie für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes von prioritärer Bedeutung. Derzeit fehlt es in unserem Bildungssystem trotz wichtiger Fortschritte an Durchlässigkeit für den Aufstieg. So haben Kinder von Akademikern eine fast doppelt so große Chance, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen, und eine dreieinhalbmal so hohe Studienanfängerquote wie Kinder von Nichtakademikern. Für deutsche Jugendliche ist die Chance, eine qualifizierte Berufsausbildung zu genießen, bei gleichem Leistungsniveau der allgemeinen Fachleistungen mehr als doppelt so groß wie für ausländische Jugendliche. Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft, mehr Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen und zu diesem Weg zu motivieren. Die Tatsache, dass nur 19% der heute 15-Jährigen sich derzeit vorstellen können, einen Studienabschluss zu erreichen, belegt diese Notwendigkeit.

Deshalb startet die Bundesregierung folgende Initiativen:

■ **Aufstiegsstipendium:** Wir wollen einen Anreiz zur Aufnahme eines Studiums für diejenigen setzen, die eine berufliche Ausbildung mit hervorragenden Ergebnissen abgeschlossen haben. Zum Hochschulstudium berechnete Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Bildung und Berufstätige, die über berufliche Qualifikationen eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, können sich um ein spezielles Aufstiegsstipendium bewerben. Ziel ist die finanzielle Unterstützung beruflich besonders Begabter, die durch die Aufnahme eines Studiums auf ihr bisheriges Arbeits- und Einkommensverhältnis verzichten. Die Gewährung eines nicht rückzahlpflichtigen Stipendiums soll den Anreiz zur Aufnahme eines Studiums erhöhen und damit die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen steigern.



■ **Meister-BAföG fortentwickeln:** Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) – das so genannte Meister-BAföG – ist ein erfolgreiches Instrument, um Menschen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung finanziell zu unterstützen und sie zu Existenzgründungen zu ermuntern. Das AFBG unterstützt die Erweiterung und den Ausbau beruflicher Qualifizierung, stärkt damit die Fortbildungsmotivation des Fachkräftenachwuchses und bietet für potenzielle Existenzgründerinnen und Existenzgründer einen Anreiz, nach erfolgreichem Abschluss der Fortbildung den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen und damit Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Bundesregierung wird das Meister-BAföG entsprechend der bereits beschlossenen Erhöhung der BAföG-Sätze für Studierende erhöhen und darüber hinaus prüfen, inwieweit die Anwendungsbereiche der Förderung im Rahmen des AFBG aufstiegsorientiert erweitert werden können. Dabei werden insbesondere die Erweiterung des geförderten Personenkreises und der förderfähigen Fortbildungen in Betracht gezogen.

■ **Berufsbegleitendes Studium:** Sowohl die technologische Entwicklung als auch der demografische Wandel machen es notwendig, dass gut ausgebildete Fachkräfte sich nach einigen Jahren Berufserfahrung wissenschaftlich weiterbilden und berufsbegleitend studieren können. Im internationalen Vergleich liegt die wissenschaftliche Weiterbildung in Deutschland jedoch deutlich zurück. Die Angebote der Hochschulen sind ausbaufähig. Die Bundesregierung schlägt deshalb den Ländern vor, im Jahr 2009 einen Wettbewerb zu starten, der darauf abzielt, bereits vorhandene vorbildliche Anbieter wissenschaftlicher Weiterbildung zu stärken, aber insbesondere neue und nachfrageorientierte Initiativen an Hochschulen fördern will. Damit wollen wir das berufsbegleitende Studium – auch in Form dualer Studiengänge – fördern und die Hochschulen anregen, inhaltlich und organisatorisch passgenaue Angebote für Berufstätige zu entwickeln. So wird auch den Weiterbildungsinteressen von Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen Rechnung getragen, die sich nach dem ersten Abschluss wissenschaftlich noch weiter qualifizieren wollen.

Die Bundesregierung schlägt Ländern und Hochschulen in diesem Zusammenhang vor, den **Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte** deutlich zu erleichtern. Dafür sind Studiengänge erforderlich, die die in der beruflichen Bildung erworbenen Qualifikationen einbeziehen und transparente Anerkennungs- und Anrechnungsverfahren für berufliche Vorqualifikationen umsetzen. Auch der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR), den Bund und Länder zusammen mit Sozialpartnern und Hochschulvertretern bis 2010 gemeinsam entwickeln, soll einen wichtigen Beitrag zu besserer Transparenz und wechselseitiger Anerkennung von Bildungsleistungen zwischen den Teilsegmenten des Bildungssystems leisten und dadurch deren Durchlässigkeit erhöhen.

Diese Initiativen bauen auf den bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung auf. Die Bundesregierung investiert in die Ausbildungsförderung und sorgt für eine spürbare Erhöhung der Bedarfssätze um 10% und der Freibeträge um 8%. Der Bundesanteil hierfür wird 2009, dem ersten Jahr voller Jahreswirkung, mehr als

300 Mio. Euro jährlich zusätzlich betragen. Dies ist eine der umfangreichsten Anhebungen seit der Einführung des BAföG, durch die der Kreis der Geförderten wieder deutlich ausgeweitet werden wird. Außerdem wird die Bundesregierung die Ausbildungsförderung für Migrantinnen und Migranten sowohl in der beruflichen Ausbildung wie auch im Studium deutlich verbessern. Eine stärkere Einbeziehung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der beruflichen Bildung wird u. a. mit einer bundesweiten Informations- und Servicezentrale, der Koordinierungsstelle Ausbildung in Ausländischen Unternehmen (KAUSA), erreicht, die Initiativen zur Einwerbung von Ausbildungsplätzen bei Unternehmerinnen und Unternehmern ausländischer Herkunft unterstützt. Zur Förderung der beruflichen Ausbildung von Migrantinnen und Migranten führt das BMWi folgende Maßnahmen durch: eine Informations- und Motivationskampagne, den Einsatz eines Förderprogramms „Passgenaue Vermittlung von Auszubildenden an ausbildungswillige Unternehmen“ sowie die Vermittlung sprachlicher und kultureller Kompetenzen als Lernziele in Aus- und Weiterbildungsordnungen. Ziel der Bundesregierung ist es, Jugendliche mit Migrationshintergrund zukünftig verstärkt zu einem Berufsbildungsabschluss zu führen und Unternehmen von Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund für die berufliche Qualifizierung zu gewinnen. Mit dem Nationalen Integrationsplan hat die Bundesregierung das Ziel, den Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund in den kommenden fünf Jahren zu verdoppeln, nochmals bestärkt. Die Bundesregierung wird dafür ihre Programme zur Verbesserung des Studienerfolges ausländischer Studierender verstärken.

## 4

Internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern, mehr Studierende gewinnen.

## Den Übergang zwischen Schule und Hochschule erleichtern

Alle bekannten Arbeitsmarktprognosen gehen von einer steigenden Nachfrage nach höher qualifizierten Fachkräften aus – wenn auch mit unterschiedlichen Zeithorizonten und unterschiedlicher Dynamik in den einzelnen Regionen bzw. Wirtschaftsbranchen. Diese Dynamik konzentriert sich im Wesentlichen auf Hochschulabsolventen. Derzeit nehmen 36,6% eines Jahrgangs ein Hochschulstudium auf. Damit liegt Deutschland erheblich unter dem OECD-Durchschnitt (54%). In Ländern mit einer hohen Hochschulquote sind manche Qualifikationen Gegenstand eines Hochschulstudiums, die in Deutschland im Rahmen beruflicher Bildung vermittelt



werden. Dies spricht für das hohe Leistungsniveau und das Ansehen der beruflichen Bildung in Deutschland. Dennoch brauchen wir mehr Studierende, um international wettbewerbsfähig zu bleiben und den Fachkräftebedarf im akademischen Bereich und insbesondere im Ingenieurbereich langfristig zu decken. Ein wichtiger Hinweis auf den Bedarf an Höherqualifizierten ist die deutlich geringere Arbeitslosenquote von Fachhochschul-/Hochschulabsolventen im Vergleich zur Gesamtquote. Wir halten an dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel fest, künftig 40% eines Altersjahrgangs für ein Hochschulstudium zu gewinnen.

Derzeit bleiben viele Studienplätze ungenutzt, da Absagen und Zulassungen bei Mehrfachbewerbungen nicht unter den Hochschulen abgestimmt werden. Aufwändige Nachrückverfahren sind daher noch erforderlich. Die Lösung dieses Problems wird in den nächsten Jahren mit der zunehmenden Dezentralisierung der Hochschulauswahlverfahren umso dringender.

Gemäß Art. 91 b des Grundgesetzes (GG) zählt die Förderung von Wissenschaft und Forschung an Hochschulen zu den Gemeinschaftsaufgaben, die Bund und Länder verabreden können. Auf dieser Grundlage bietet die Bundesregierung Verabredungen mit den Ländern zu folgenden Maßnahmen an:

■ **Serviceagentur zur besseren Vermittlung von Studienplätzen:** Die Bundesregierung unterstützt die Überlegungen der Länder, die bisherige Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) zu einer Serviceagentur umzugestalten, um das Studienangebot transparenter zu machen sowie die Vermittlung zwischen Studienplatzangebot und -nachfrage zu verbessern. Solche Serviceagenturen existieren bereits im Ausland, z. B. UCAS in Großbritannien. Nach diesem Vorbild gestaltet, kann eine solche neue Serviceagentur als Informationsstelle für die Studienbewerberinnen und -bewerber die erforderliche Transparenz des Studienangebotes der Hochschulen sicherstellen und damit auch eine wichtige Dienstleistung für die autonomen Auswahlverfahren der Hochschulen anbieten.

■ **Für den Studienstandort Ostdeutschland werben:** Aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Zahl der Studienanfänger in Ostdeutschland deutlich zurückgehen, zugleich sind Studienplätze vorhanden. Daher haben sich das BMBF und die ostdeutschen Länder im Zusammenhang mit dem Hochschulpakt auf eine Imagekampagne geeinigt, die derzeit unter Federführung der neuen Länder erarbeitet und vom BMBF finanziell unterstützt wird. Zugleich bereitet das BMBF mit den fünf neuen Ländern im Dialog Innovation Ost spezifische Strategien zur Exzellenz- und Nachwuchsförderung vor. Beide Initiativen werden im Frühjahr 2008 anlaufen.

Diese Angebote der Bundesregierung ergänzen die hochschulpolitischen Initiativen der ersten Hälfte der Legislaturperiode. Mit dem **Hochschulpakt** werden bis 2010 über 90.000 zusätzliche Ausbildungschancen für Studienanfängerinnen und Studienanfänger geschaffen, allein der Bund stellt dafür bis zum Jahr 2010 insgesamt rund 565 Mio. Euro zur Verfügung. Gleichzeitig fördert das BMBF auf der Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung nach Art. 91 b GG an Fachhochschulen neben dem Wissens- und Technologietransfer in Unternehmen auch eine intensive forschungsnahe Qualifizierung von Studierenden aller Semester. Die Mittel für diese Förderung wird die Bundesregierung im kommenden Jahr weiter steigern. Zur Steigerung der Studierendenquote und zur Sicherung des akademischen Fachkräftebedarfs in Deutschland wird das Netzwerk „Wege ins Studium“, in dem sich Bund und Länder gemeinsam mit weiteren Partnern in der Studienberatung engagieren, in den Jahren 2007/2008 eine Informationskampagne vorbereiten. Auch die deutschen Auslandsschulen werben für ein Studium an einer deutschen Hochschule. Sie fördern die frühzeitige Deutschlandbindung von Hochqualifizierten und der Spitzenforscher von morgen und leisten als Orte interkultureller Kommunikation einen wichtigen Beitrag zur Integration.

## Mehr Aufmerksamkeit für Technik und Naturwissenschaften

5

Absolventinnen und Absolventen der MINT-Studienfächer verfügen über Kompetenzen, die für Innovation und Wachstum in Deutschland ausschlaggebend sind. Fehlen die erforderlichen Fachkräfte, gefährden wir unser Wirtschaftswachstum. Eine aktuelle Studie des BMWi „Wertschöpfungsverluste aufgrund nicht besetzbarer Stellen beruflich Hochqualifizierter in Deutschland“ ergab einen Wertschöpfungsverlust von 18,5 Mrd. Euro (= 0,8% des Bruttoinlandsprodukts in 2006). Aber nicht nur kurzfristig, sondern auch in Zukunft werden diese Berufe besonders gebraucht. Allein in der gewerblichen Wirtschaft werden bis zum Jahr 2013 altersbedingt 70.000 Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler sowie 85.000 Ingenieurinnen und Ingenieure ausscheiden. Nach Projektionsrechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsförderung (ZEW) werden im Jahr 2014 alters- und strukturwandelbedingt zwischen 180.000 und 490.000 Akademikerinnen und Akademiker fehlen. Besonders ausgeprägt wird der Fachkräftemangel in den Naturwissenschaften sein, denn in den nächsten Jahren – so die Berechnungen – werden mindestens 30% jedes Absolventenjahrganges fehlen. Deshalb wollen wir, dass mehr junge Menschen in Deutschland sich für Naturwissenschaften und Technik begeistern, ein MINT-Fach studieren und ihr Studium erfolgreich abschließen.

Deutschland hat einen großen Fachkräftebedarf in den MINT-Fächern.

Die Bundesregierung startet deshalb folgende Initiativen:

■ **Freiwilliges Technisches Jahr:** Mit der Einführung eines Freiwilligen Technischen Jahres will die Bundesregierung das Interesse für technisch-naturwissenschaftliche Studiengänge steigern, die Informations- und Motivationsbasis stärken und mittelfristig die Studienabbrecherquoten senken. Durch dieses Projekt sollen junge Menschen in der entscheidenden Berufsorientierungsphase in außeruniversitären Forschungseinrichtungen oder in innovationsstarken Unternehmen Berufs-



und Praxisbezug erwerben sowie ihre persönlichen Neigungen und Fähigkeiten kennen und vertiefen lernen. Das Freiwillige Technische Jahr soll die Startbedingungen für Studium und Beruf verbessern. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projektes absolvieren ein mehrmonatiges Berufsorientierungspraktikum direkt in den Forschungseinrichtungen bzw. Unternehmen. Sie werden dort fachlich angeleitet und individuell betreut. Eine gewisse finanzielle Unterstützung wird ebenso sichergestellt wie der Versicherungsschutz. Die pädagogische Begleitung kann auch in Form überregional organisierter Module stattfinden, die in ausgewählten Einsatzstellen angeboten werden. Diese Module schließen einen intensiven Erfahrungsaustausch, Coachingmaßnahmen und die Auseinandersetzung mit Schlüsselqualifikationen ein.

■ **Nachwuchsbarometer Technikwissenschaften:** Das Nachwuchsbarometer Technikwissenschaften (NaBaTech), das die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech) entwickeln wird, soll für Berufe aus Technik und Naturwissenschaften langfristig wirksame Ursachen des Nachwuchsmangels auf individueller und gesellschaftlicher Ebene analysieren. Daraus sollen Empfehlungen für weitere gezielte Maßnahmen zur nachhaltigen Steigerung der Attraktivität dieser Berufe abgeleitet werden.

■ **Jahr der Mathematik 2008:** Das Jahr der Mathematik 2008 soll nicht nur die Aufmerksamkeit auf die Mathematik lenken, sondern die Bedeutung mathematischer Ideen, Perspektiven und Denkweisen in Naturwissenschaften und Technik sowie in vielen Lebensbereichen deutlich sichtbar machen. Darüber hinaus soll es einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Mathematikdidaktik leisten.

■ **Haus der kleinen Forscher:** Um Natur und Technik für Kinder in Vorschuleeinrichtungen erlebbar zu machen und damit einen Beitrag zur Stärkung des Innovations- und Forschungsstandorts Deutschland zu leisten, haben sich die Helmholtz-Gemeinschaft und McKinsey & Company zusammen mit der Siemens AG und der Dietmar-Hopp-Stiftung unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Bildung und Forschung zur Initiative „Haus der kleinen Forscher“ zusammengeschlossen. Dieses Projekt wird mit Unterstützung der Bundesregierung (3,5 Mio. Euro bis 2010) in der Fläche und in allen Bundesländern ausgebaut werden. Bis 2009 bzw. 2010 sollen 10.000 Kindertagesstätten, also etwa jede fünfte Kindertagesstätte in Deutschland, erreicht werden.

Das Projekt steht exemplarisch für weitere Initiativen: Auch andere Unternehmen und Forschungseinrichtungen wie die Deutsche Telekom Stiftung, Bosch, Trumpf oder die Fraunhofer-Gesellschaft unterstützen Projekte, die das Verständnis für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft stärken. Unser Ziel ist, jeder Kinderbetreuungseinrichtung und jeder Grundschule in Deutschland über Hochschulen, Forschungs-

einrichtungen und Unternehmen den Zugang zu unterstützenden Angeboten im Bereich von Natur und Technik zu eröffnen.

Mit diesen Maßnahmen setzt die Bundesregierung ihre Anstrengungen in diesem Bereich fort. Bereits verabredet ist das Pilotprojekt MINToring, das das BMBF mit der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw) durchführen wird. **MINToring** (MINT + Mentoring = MINToring) ist ein Mentorenprogramm, in dem naturwissenschaftlich und technisch begabte Schülerinnen und Schüler von Stipendiatinnen und Stipendiaten verschiedener Begabtenförderungswerke betreut und in ihrer Studienfachwahl beraten werden sollen. Ziel dabei ist es, Hemmungen vor der Aufnahme eines natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Studiums abzubauen. Auch beim **Nationalen IT-Gipfel** im Dezember 2006 haben Partner aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik gemeinsam Projekte verabredet, die auf eine nachhaltige Sicherung des Fachkräftepotenzials in den MINT-Fächern zielen. Diese umfassen „Für Informatik interessieren – Studiengänge optimieren“, die Fachkräfteinitiative „IT-50-Plus“ sowie die Initiative „Top-Talente fördern“. Diese zusätzlichen Qualifizierungsmaßnahmen beginnen jetzt zu greifen. Insgesamt erwartet die Bundesregierung von der zügigen Einführung kürzerer und besser strukturierter Studiengänge (Bachelor/Master) durch die **Bologna-Reform**, dass mehr erfolgreiche Studienabschlüsse in den MINT-Fächern, in denen die Abbrecherquote besonders hoch ist, erreicht werden.

## Chancen für Frauen verbessern

Während die Quote der erwerbstätigen Frauen mittlerweile bei über 60% liegt, sind Frauen in Führungspositionen in Privatwirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Auch das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern ist mit 22% in Deutschland deutlich größer als in den meisten EU-Mitgliedstaaten. Einer der Gründe dafür ist, dass nur ein geringer Anteil der Frauen in mathematisch-naturwissenschaftlichen oder technischen Berufen ausgebildet und beschäftigt ist. Die Voraussetzungen, auch in diesem Feld weiterzukommen, sind gut. Denn zumindest in der Bildung gilt: Mädchen haben die „Nase vorn“. Alte Klischees greifen nicht mehr, die Bildungsbeteiligung von jungen Frauen liegt inzwischen über der von jungen Männern. Noch sind Mädchen und junge Frauen in der beruflichen Bildung mit 41,5% (2006) und insbesondere in den zukunftsfähigen MINT-Berufen unterrepräsentiert. Dafür steigt die Studienbeteiligung der jungen Frauen kontinuierlich an, was die Chance auf höhere Erwerbseinkommen eröffnet.

Deshalb beschließt die Bundesregierung folgende Initiativen:

- **Mehr Frauen für MINT-Berufe:** Die Bundesregierung beauftragt das BMBF, zusammen mit Verbänden, Unternehmen, Forschungseinrichtungen, der BA, Hochschulen, Ländern sowie den Medien einen nationalen Pakt zur Gewinnung von mehr jungen Frauen für MINT-Berufe vorzubereiten. Die Vermittlung realistischer Berufsbilder soll dabei im Mittelpunkt stehen. Bereits bestehende Aktivitäten der Partner sollen durch gebündelte Öffentlichkeitsarbeit besser sichtbar gemacht werden, weibliche Vorbilder sollen vermitteln, wie spannend diese Berufe sind. Darüber hinaus sollen Angebote zur Selbsteinschätzung junge Frauen bei der Wahl des Studienfaches unterstützen.
- **Mehr Professorinnen:** Um die Unterrepräsentanz von Frauen bei den Professuren zu beseitigen, werden Bund und Länder ein „Professorinnenprogramm“

Mehr Frauen für attraktive Zukunftsberufe gewinnen.



starten. Vorgriffprofessuren und reguläre Professuren, die mit Frauen besetzt werden, sollen durch eine Anschubfinanzierung gefördert werden. Voraussetzung hierfür ist ein von einem Gutachtergremium positiv bewertetes, an der Hochschule bereits verankertes Gleichstellungskonzept. Die große Zahl der in den kommenden Jahren neu zu besetzenden Professuren bietet zusätzliche Möglichkeiten, den Frauenanteil zu steigern. Für das Programm, das 2008 anläuft, stellt das BMBF jährlich 15 Mio. Euro zur Verfügung. Damit können bei entsprechender Kofinanzierung der Länder bis zu 200 Professorinnenstellen gefördert werden.

■ **Berufsrückkehrerinnen:** Das von der Bundesregierung geförderte Programm AQUA (Akademikerinnen und Akademiker qualifizieren sich für den Arbeitsmarkt) der Otto Benecke Stiftung e. V. soll gezielt für Berufsrückkehrerinnen erweitert werden. Jede achte Wiedereinsteigerin hat einen Hochschulabschluss erworben,

viele von ihnen wünschen sich, während der Elternzeit Fortbildungen besuchen zu können. Ein ESF-Programm des BMFSFJ zur Förderung von Berufsrückkehrerinnen unterstützt Frauen bei der Gestaltung von Übergängen im Lebenslauf.

Diese Maßnahmen der Bundesregierung schließen an bereits bestehende Initiativen wie **Power für Gründerinnen** an. Hier geförderte Projekte wie die bundesweite Gründerinnenagentur tragen dazu bei, die Gründungsmotivation und -qualifikation von Frauen zu erhöhen. Spezielle Zielgruppen wie z. B. Migrantinnen und Frauen im Handwerk oder im ländlichen Raum stehen hier im Fokus. Mit dem Unternehmensprogramm „**Erfolgsfaktor Familie**“ des BMFSFJ sollen Unternehmer und Personalverantwortliche überzeugt werden, familienbewusste Personalpolitik als strategisches Managementinstrument zu nutzen und Familienfreundlichkeit zum Markenzeichen zu entwickeln. Schwerpunkte sind insbesondere der Ausbau betrieblich unterstützter Kinderbetreuung sowie die Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Elternzeit. Auch Forschungseinrichtungen und Hochschulen können über gezielte Maßnahmen wie bedarfsgerechte **Kinderbetreuungsangebote für wissenschaftliches Personal und Studierende**, über Teilzeitstellen und Telearbeitsplätze zu einer Erhöhung der Frauenquote auf allen Hierarchieebenen beitragen. Das BMBF hat den Forschungseinrichtungen eingeräumt, Haushaltsmittel zur Bereitstellung von bedarfsgerechten Kinderbetreuungsplätzen einzusetzen und damit die strukturellen Voraussetzungen geschaffen, um im Wissenschaftssystem den notwendigen Gestaltungsspielraum für eine familienfreundliche Personalpolitik zu ermöglichen.

Um die Familienfreundlichkeit an Hochschulen zu fördern, hat das BMVBS einen Wettbewerb initiiert, bei dem acht Hochschulen ausgewählt und gefördert werden. In einem Best-Practice-Club werden ihre Konzepte diskutiert und weiterentwickelt. Der Wettbewerb trägt gleichzeitig zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses bei, da auf diese Weise die Attraktivität eines Studiums und einer Hochschulkarriere erhöht wird. Vier der acht geförderten Hochschulen werden in Ostdeutschland liegen.

## 7

Mehr Menschen durch Weiterbildung Zukunftschancen eröffnen.

## Weiterbildung – Lernen im gesamten Lebenslauf

Einmal erreichte Qualifikationen reichen immer weniger aus, die neuen Herausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu meistern. Kontinuierliches Lernen im gesamten Lebenslauf wird immer wichtiger, auch und gerade wenn die Erwerbstätigkeit familienbedingt unterbrochen wird. Aber: Die Beteiligung an Weiterbildung in Deutschland ist im internationalen Vergleich zu gering. Insbesondere Menschen mit niedriger Qualifikation nehmen zu wenig Weiterbildungsangebote wahr. Deshalb hat das BMBF einen Innovationskreis Weiterbildung (IKWB) eingesetzt, der Anfang 2008 Empfehlungen für die zukünftige Stärkung der Weiterbildung vorlegen wird. Anknüpfend an den bisherigen Stand der Arbeit des IKWB zeichnet sich für die Bundesregierung im Bereich der Weiterbildung Handlungsbedarf insbesondere in den nachstehenden Feldern ab, zu denen entsprechende Initiativen beschlossen werden sollen.

■ **Regionale Weiterbildungsstrukturen stärken:** Die Bundesregierung wird regionale Strukturen der Weiterbildung stärken und die regionalen Informationen über das Arbeitskräfteangebot und die -nachfrage sowie über den Qualifizierungsbedarf verbessern. Das BMBF bereitet mit großen Stiftungen eine gemeinsame Initiative zum Ausbau regionaler Weiterbildungsstrukturen vor. Ziel ist es hier, das Selbstverständnis einer Region als Bildungsregion zu profilieren, die Akteure zusammenzuführen und das bürgerschaftliche Engagement für Bildung auszubauen. Für eine bessere Analyse der Qualifizierungsbedarfe soll bei der BA ein Weiterbildungsmonitoring eingeführt werden, bei dem die BA die Arbeitsmarktakteure einbezieht. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in den neuen Ländern plant das BMVBS in Ostdeutschland einen Wettbewerb zur Unterstützung von Vorhaben, die eine vorausschauende Qualifizierungspolitik auf regionaler Ebene anstreben.



■ **Weiterbildungsallianz:** Diese Initiativen gehören zu den Maßnahmen, die in eine Weiterbildungsallianz eingebracht werden sollen, die von der Bundesregierung mit den Ländern, Kommunen und Sozialpartnern – analog zum Ausbildungspakt – angestrebt wird. Unser Ziel ist, die Weiterbildungsbeteiligung insgesamt von derzeit rd. 43% auf 50% im Jahr 2015 zu steigern. Dies erfordert konkrete Beiträge vor allem der Sozialpartner und eine Fortentwicklung des Instrumentariums der öffentlichen Weiterbildungsförderung.

■ **Neue Erkenntnisse schneller für Weiterbildung nutzen:** Die Bundesregierung wird kleine und mittelständische Unternehmen dabei unterstützen, sich besser und schneller neues Wissen aus dem Hochtechnologiebereich anzueignen. Dafür werden die ÜBS zu Kompetenzzentren ausgebaut. Sie sollen sich zu nachfrageorientierten Bildungsdienstleistern weiterentwickeln, die Unternehmen bedarfsgerecht beraten sowie beim Technologietransfer unterstützen. Außerdem wird die Bundes-

regierung bei der Konzeption neuer Forschungsprogramme künftig den Weiterbildungsbedarf von Beginn an einbeziehen, um die Umsetzung von Ergebnissen der Forschung im Hochtechnologiebereich in Produkte und Verfahren zu beschleunigen.

■ **Chancen für kleine und mittlere Unternehmen verbessern:** Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) müssen im Wettbewerb um Fachkräfte gegenüber Großunternehmen besonders innovativ und aktiv sein. Um KMU hierbei zu unterstützen, wird das BMWi Praxiskonzepte für KMU im Bereich langfristiger Personalpolitik, familienfreundlicher Rahmenbedingungen sowie einer altersgerechten Unternehmens- und Weiterbildungskultur entwickeln. Diese Beratungsdienstleistungen sollen in ausgewählten Regionen – erstes Pilotprojekt in der Rhein-Neckar-Region – öffentlichkeitswirksam vorgestellt werden.

■ **Ingenieurinnen und Ingenieure:** Wegen der heutigen Anforderungen des Beschäftigungssystems einerseits und der fachlichen Ausrichtung bzw. oft nicht mehr aktuellen Qualifikationsprofile früher ausgebildeter Ingenieurinnen und Ingenieure andererseits ist ein großer Bedarf an Weiterbildung zur Vermittlung spezialisierter und aktueller Kenntnisse und Kompetenzen vorhanden. Die Bundesregierung wird mit einem gezielten Weiterbildungsprogramm dazu beitragen, Bedarf und Angebot so weit wie möglich auszugleichen.

Diese Initiativen stehen in engem Zusammenhang mit bereits beschlossenen Maßnahmen wie der **Bildungsprämie**, zu der die Bundesregierung bereits Eckpunkte verabschiedet hat. Die Bildungsprämie, mit der wir insbesondere niedrige und mittlere Einkommensgruppen für die Beteiligung an Weiterbildung mobilisieren wollen, soll als neues Angebot zur Förderung von beruflicher Weiterbildung beitragen. Die Möglichkeiten umfassen die Zahlung einer Weiterbildungsprämie in Höhe von bis zu 154 Euro, die unschädliche vorzeitige Entnahme aus Ansparguthaben nach dem Vermögensbildungsgesetz sowie zinsgünstige Weiterbildungsdarlehen. In diesem Zusammenhang werden auch Beratungsangebote weiterentwickelt werden.

Die Förderung der beruflichen Weiterbildung bleibt Kernelement der Arbeitsmarktpolitik von Bundesregierung und BA. Mit rd. 280.000 geförderten Eintritten in berufliche Weiterbildungsmaßnahmen bis Ende Oktober 2007 haben die Agenturen für Arbeit und die Arbeitsgemeinschaften ihre Anstrengungen in der Weiterbildungsförderung weiter verstärkt und die Zahl der Förderungen gegenüber 2005 nahezu verdoppelt. Mit dem 200-Mio.-Euro-Programm zur Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU) leistet die BA zudem einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit geringqualifizierter und älterer Arbeitnehmer. Die BA wird ihre Anstrengungen zur Weiterbildung in nachgefragten Berufen sowie von Beschäftigten im Rahmen des WeGebAU-Programms weiter forcieren. Ab Herbst 2007 werden über 200 Weiterbildungsberaterinnen und Weiterbildungsberater Unternehmen bei der Ermittlung ihrer Qualifizierungsbedarfe unterstützen und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

Zudem sollen beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitssuchende durch eLearning-Angebote Gelegenheit erhalten, sich in verschiedenen Themenbereichen von allgemeiner Arbeitsmarktrelevanz weiterzubilden. Die Bundesregierung begrüßt die Entscheidung der BA und ihrer Selbstverwaltung, die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung mit einer „Aktion Bildung“ auch öffentlichkeitswirksam zu unterstützen. Der bereits mit den Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt begonnene Prozess der nachhaltigen Qualitätsverbesserung beruflicher Weiterbildung soll weiter fortgesetzt werden. Nach der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung (AZWV) geprüfte und zugelassene Weiterbildungsanbieter sollen künftig ein von den zugelassenen Zertifizierungsgagenturen zu vergebendes Qualitätssiegel erhalten.

Mit einer breit angelegten Kampagne soll gemeinsam mit Medienpartnern verstärkt für das **Lernen im Lebenslauf** geworben werden. Außerdem wollen wir z. B. mit dem Wettbewerb „Chancen mit Erfahrung“ des BMWi oder der Initiative „Erfahrung

ist Zukunft“, an der das Bundespräsidialamt sowie das BMFSFJ, das BMAS, das BMBF, das Bundesgesundheitsministerium (BMG) und das BMWi beteiligt sind, die Potenziale älterer Menschen besser erschließen und ihre Lebenserfahrung würdigen.

Bildungspolitik kann das Lernen im Lebenslauf nur dann wirklich stärken und die an sie gestellten Erwartungen erfüllen, wenn sie sich dabei auf gesicherte Erkenntnisse der Wissenschaft stützen kann. Um die Qualität in unserem Bildungssystem insgesamt zu sichern, brauchen wir verlässliche wissenschaftliche Grundlagen.

Die Bundesregierung startet deshalb ein **neues Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung**: Damit sollen empirische Erkenntnisse für alle Bildungsbereiche gewonnen werden. Dem dient besonders das **Nationale Bildungspanel**, das auf der konzeptionellen Grundlage „Bildung im Lebenslauf“ erfolgt und als Längsschnittstudie angelegt ist. Ebenso soll ein **Berufsbildungs-PISA** die Leistungsfähigkeit von beruflichen Ausbildungssystemen sowie Berufsbildungsorganisationen im internationalen Vergleich feststellen.

Aus den Forschungsergebnissen und den internationalen Leistungsvergleichen werden Bund, Länder sowie Sozialpartner für das gesamte Bildungssystem gemeinsame Schlussfolgerungen ziehen, Maßnahmen abstimmen und die Erreichung festgelegter Standards überprüfen.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom BMBF unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen/Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Die  
Bundesregierung

